

In der Pappel-Allee wird nicht ermittelt!

Massensturm der wertfähigen Mieter und Erwerbslosen verhindert sieben Ermittlungen im Nordosten und Zentrum Berlins Mieterempörung gegen Hauszinssteuer — Borfig-Mieter beschließen rote Einheitsfront gegen Ermittlungen

Gestern sollte der Gerichtsvollzieher im Nordosten Berlins in der Pappelallee vier Arbeiterfamilien und in der Greifenhagener Straße eine Familie auf die Straße setzen. Hunderte von werktätigen Mietern und Erwerbslosen strömten zusammen. Keine Ermittlung wurde durchgeführt. Das war der Erfolg der Solidaritätsaktion.

Als in der Kastanienallee und in anderen Straßen Berlins an den Häusern die Plakate der Hauswirte erschienen, die die Durchführung der Notverordnung der Severingregierung über den Wegfall des Hauszinssteuererlasses ankündigen, bildeten sich überall Diskussionsgruppen. Frauen und Männer, ob parteilos, sozialdemokratisch oder kommunistisch, brachten unverbürgt ihre Erregung über diese ungeheuerliche Maßnahme der Preußenregierung gegen die werktätigen Mieter zum Ausdruck.

Alarm in der Pappelallee

Kurz nach 8 Uhr ertönten gestern morgen auf den Höfen in der Pappel-Allee Sprechdore. Kommunistische Erwerbslose riefen die werktätigen Mieter zur Solidarität mit den von Obdachlosigkeit bedrohten Familien. Bravourakte antworteten aus den dichtbelagerten Fenstern. Als der Gerichtsvollzieher in der Pappel-Allee erschien, befanden sich bereits hunderte Anwohner auf der Straße. Besonders viel Frauen beteiligten sich aktiv an der Protestaktion.

Stark war die Ansammlung vor dem Haus Pappel-Allee 77. Hier sollten drei Familien ermittelt werden. Im Hause Nr. 18 drohte einer und in der angrenzenden Greifenhagener Straße ebenfalls einer Familie die Obdachlosigkeit. Mehr und mehr strömten zusammen. Der Gerichtsvollzieher zog ab. Keine Ermittlung wurde durchgeführt.

Das Plakat der Hauswirte

Vor den Plakaten der Hauswirte gab es erneut erregte Diskussionen:

„An die Mieter!“

Durch die preußische Notverordnung zur Sicherung des Hauszins vom 8. Juni 1932, 2. Teil I/III (Preußische Gesetzammlung S. 199), sind die bisher geltenden

Vorschriften über die Stundung und Niederschlagung der Hauszinssteuer für hilflosbedürftige Mieter mit Wirkung vom 1. Juli 1932 aufgehoben. . . .

Es folgt der Hinweis darauf, daß der Hauswirt ab 1. Juli die volle Miete einzahlen wird, und die Empfehlung, sich rechtzeitig an das Wohlfahrtsamt zu wenden (!).

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die sich an der Protestaktion gegen die Ermittlung beteiligt hatten, jagten auch hier offen ihre Meinung. Und es herrschte nur eine Meinung:

Alle und besonders die Frauen brachten den Willen zur roten Einheitsfront zum Ausdruck.

„Jetzt müssen wir zusammenstehen. Das können wir uns nicht gefallen lassen. Dann bezahlen wir eben keinen Pfennig mehr.“ Das sind ein paar Sätze aus den Diskussionen, die sich immer wiederholten. Ebenso wurde fast einmütig die Forderung nach Mieterversammlungen erhoben. Die Empörung pflanzte sich von Haus zu Haus fort. Überall, wo in Berlin die Plakate über den Wegfall des Hauszinssteuererlasses durch die Notverordnung der Severingregierung erschienen, herrschte Erregung und Wille zum einheitlichen Kampf.

Auch im Zentrum . . .

Auch im Zentrum Berlins, in der Schwedter Straße 56, sollten gestern zwei Ermittlungen stattfinden. Viele Erwerbslose und werktätige Mieter fanden sich auch hier zusammen. Statt des Gerichtsvollziehers rüdten ein Ueberfallkommando und ein Mäher an. Mit dem Gummiknüppel gingen die Polizisten gegen die protestierenden Mieter vor.

Das Verhalten der Schupo wie die Plakate an den Häusern über die Durchführung der preußischen Notverordnung, nach der

Eine Mittelstands-Tragödie

Geschäftszusammenbruch treibt Drogistenehepaar in den Tod

Gestern morgen wurden der Drogerieinhaber Georg Schneider und seine Frau in ihrer Wohnung in der Wilhelm-Stolze-Straße 23, wo sich auch die ihnen gehörige Drogerie befindet, im Schlafjimmer vergiftet aufgefunden. Den gemeinsamen Selbstmord begingen sie aus völliger Verzweiflung über den Zusammenbruch ihres Geschäfts.

Im letzten Jahr ging das Geschäft so außerordentlich schlecht, daß Schneider die Miete nicht mehr bezahlen konnte, die enorm hohen Steuern schuldig blieb und nicht einmal mehr den Einkaufsbedarf der Drogeriehandlung zu decken vermochte. Häufig mußte er schon Kunden fertigmachen, weil er nicht mehr die wichtigsten Waren vorrätig hatte.

Immer häufiger drängten die Gläubiger; der Gerichtsvollzieher, der schon öfter erschienen war, sollte gestern morgen die Gesamteinrichtung der Drogerie pfänden.

Deshalb gingen beide Eheleute in den Tod.

Heute Grönland-Prozeß!

Um 8 Uhr findet heute im Neuen Kriminalgericht, Turmhof, Saal 571, der Wiederbeginn des Prozesses gegen die sieben Kolonisten der Grönland-Kolonie statt.

ab 1. Juli jeder, ob er kann oder nicht, auch die Hauszinssteuer bezahlen soll, steigerte die Empörung in der Schwedter Straße.

Was ist zu tun? Hier, die Mieter der Borfigwohnungen geben ein Beispiel: In einer Versammlung, die dieser Tage stattfand, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Alle am 15. Juni in den Borfigwalder Festfäden versammelten Mieter der Borfig-Wohnungen haben beschlossen, einheitlich den Kampf gegen jede Ermittlung aufzunehmen.“

Sie geloben, in geschlossener Einheitsfront für jeden Kollegen einzustehen, gegen den das Räumungsurteil rechtskräftig geworden ist.

Es werden sofort in allen Häusern Vertrauensleute ge-

wählt werden, die in Verbindung mit dem heute gewählten Mieterausschuß die Interessen der Mieter gegenüber der Wohnungsverwaltung zu vertreten und wahrzunehmen haben.“

Überall sofort Mieterversammlungen! Alle werktätigen Mieter in geschlossener rote Einheitsfront! In allen Häusern Mieterräte und Vertrauensleute der Mieter! Das sind die dringendsten Aufgaben. Ein Massensturm muß gegen die Notverordnungen der Preußen-Regierung Severings, gegen die Notverordnungen Papens und ihre Helfershelfer die sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Führer, die diese Hungermaßnahmen unterstützen und durchführen helfen, entfaßt werden.

Antifaschisten Berlins! Alarm!



Hier ist euer Abzeichen! Tragt es alle! Zeigt öffentlich, daß es in Berlin ein gewaltiges Heer von Antifaschisten gibt, das bereit ist, das Leben der Arbeiter vor allem faschistischen Terror zu schützen. Heute noch, Genosse Antifaschist, besorgst du dir das Kampfzeichen der Antifaschistischen Aktion. Du erhältst es bei jedem Arbeiterfunktionär und in den proletarischen Zeitungsspeditionen. Die 10 Pf., die du dafür bezahlst, gibst du für unseren Kampffonds.

Rote Fahnen heraus!

Alle Arbeiter flaggen am Donnerstag rot. Aus jedem Arbeiterfenster leuchten die Plakate der Antifaschistischen Aktion. Ab Mittwochabend sind die Plakate in allen Agitationslokalen erhältlich.

Schafft Pulver heran!

Millionen gibt Hitler für Notverordnungsjacken seiner Systemarmee aus, denn Millionen stecken die Kapitalisten in die Kassen der Nazi-Partei. Unsere Partei ist die Partei der Opfer der Notverordnung, die Partei des rücksichtslosen Kampfes gegen Unterstüßungs- und Lohnabbau, gegen das kapitalistische Elendssystem. Der Kapitalist gibt hunderttausende Mark für die SA. Du, Prolet, gibst deinen Groschen für die Antifaschistische Aktion!

SA-Ueberfall auf „Rote Fahne“-Spedition

Neuköllner Zeitungsfiliale von Nazis überfallen — Polizei verhaftet keine Nazis, nur Arbeiter Arbeiter schützen ihre „Rote Fahne“ — Reichsbannerarbeiter in antifaschistischer Front

Der SA-Mordterror in Berlin hat gestern einen neuen Höhepunkt erreicht. Die SA-Mordbanditen haben einen Feuerüberfall auf die Spedition der „Rote Fahne“ in Neukölln, Donaustraße, verübt.

Schon um 1 Uhr jammelten sich die Stürme 21 und 25 in ihren Kolonnen. Um 4 Uhr war alles bereit zum Sturm. Ausgeschwärmt über die ganze Straßenbreite ließen die Nazis von der Zuhlsstraße in die Donaustraße. Die SA schoß aus Gaspistolen auf die zufällig sich in der Straße aufhaltenden Arbeiter und verwundete einige leicht.

Als die ersten Schüsse der SA-Banditen fielen, strömten die Arbeiter spontan auf die Straße zum Schutz der bedrohten Zeitungsfiliale. Die Arbeiter setzten sich energisch gegen die Nazis zur Wehr und verletzten vier von ihnen, darunter zwei schwer. Reichsbannerarbeiter und Hammerhäftlingsmitglieder eilten auf die Nachricht von dem SA-Ueberfall ebenfalls herbei und verbrüderten sich mit den kommunistischen Klassengenossen.

Eine ungeheure Erregung bemächtigte sich der ganzen werktätigen Bevölkerung. Indifferente Frauen warfen empört Blumenstücke von oben auf die Nazis. Der Organisator des Ueberfalles, Fritz Krause, Sturmführer von Sturm 25, Wefelstraße 98, wurde von der Menge gepöbelt, die ihn

lynchen wollte. Nur mit Mühe konnte er von Polizisten befreit werden, die ihn sofort in Schutzhaft abführten.

Die Polizei stand überhaupt offensichtlich auf Seiten der Nazis. Mit entzierten Revolvern und Gummiknüppeln ging sie gegen die Arbeiter vor. Ein alter Arbeiter stellte sich der Schupo mit entblößter Brust entgegen und rief: „So schießt doch!“

Bezeichnenderweise unternahm die Polizei nicht das geringste gegen die Nazis. Nicht einmal die bekannten Mordhöhlen, von denen aus der Ueberfall organisiert wurde, wurden untersucht. Dagegen wurde in der Zeitungsfiliale eine Durchsuchung nach Waffen, natürlich ergebnislos, veranstaltet. Außerdem wurden acht Arbeiter verhaftet.

Die geschlagenen Nazis stehen wütend Drohungen gegen das „rote Nordgegendel“ aus, als sie abzogen. Daraufhin bildeten sich sofort Sprechdore in den Höfen. Reichsbannerarbeiter erklärten, daß sie gemeinsam mit den Kommunisten gegen die Nazis kämpfen wollen, und beschlossen, sofort alle Reichsbannerarbeiter des Gebiets zum gemeinsamen Straßen- und Versammlungsschutz zu mobilisieren. Außerdem soll auf überparteilicher Grundlage sofort gemeinsam mit den Reichsbannerarbeitern eine Straßenschußstaffel geschaffen werden.

Erwerbslosendemonstration gegen Notverordnung

Steglicher Antifaschistische Aktion — Nachweis Lindenstraße gründet Selbstschutzstaffel

Der Erwerbslosenausschuß des 12. Bezirkes, der erst kürzlich in fünf Erwerbslosenversammlungen, die anlässlich der Eröffnung des Nachweises Lindenstraße stattfanden, gewählt wurde, berichtete gestern in einer von etwa 500 Erwerbslosen besuchten Kundgebung im Garten des „Albrechtshofes“ in Steglitz über das Ergebnis seiner bisherigen Arbeit.

Von allen Forderungen des Erwerbslosenausschusses wurde bisher nur die eine erfüllt, daß dem Ausschuß im Rathaus Steglitz ein Zimmer für seine Besprechungen eingeräumt wurde. Aber die Erwerbslosen begnügen sich damit nicht. Zu der gestrigen Versammlung, zu der der Bürgermeister, der Arbeitsamtsdirektor und die Vertreter der einzelnen Bezirksverordnetenfraktionen schriftlich eingeladen worden waren, erschien nur ein Vertreter der kommunistischen Bezirksverordneten. Er sprach über die wachsende Antifaschistische Aktion und gewann alle für diesen Kampf. Eine Selbstschutzstaffel für den Nachweis in der Lindenstraße wurde gegründet, der sofort 63 Arbeiter beitraten,

Einstimmig beschloß die Versammlung, ihren antifaschistischen Willen sofort zu zeigen. In geschlossener Demonstration zogen die 500 erwerbslosen Arbeiter, Frauen, Jungarbeiter, politisch Unorganisierte und Organisierte, durch die Steglitzer Straße zum Arbeitsnachweis. Sie brachten Niederrufe auf den faschistischen Terror der uniformierten SA in Steglitz aus. Im Hof des Nachweises wurde im Sprechchor der Direktor verklagt, der natürlich nicht erschien. Nach einer kurzen Ansprache eines Erwerbslosen und dem Gesang der Internationale, in den alle Erwerbslosen einstimmten, löste sich die Demonstration auf.

Die bürgerlichen „Berliner Lokalnachrichten“ sprechen in diesem Zusammenhang von „großen Demonstrationen“ und berichten dann noch: „Die Demonstranten sangen die Internationale und brachten Hunger- und Niederrufe auf die Regierung aus.“ Die ebenfalls bürgerliche BS-Korrespondenz ergänzt diesen Bericht und teilt mit, daß die Erwerbslosen „die Internationale anstimmten, sowie Hungerrufe und Reize gegen die Regierung und die Kürzung der Renten und Unterstützung ausbrachten.“